

Notiz

DIERK HOFFMANN

DIE INTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN UND VERTRIEBENEN NACH 1945 INTERDISZIPLINÄRE ERGEBNISSE UND FORSCHUNGSPERSPEKTIVEN

Ein Forschungskolloquium des Instituts für Zeitgeschichte

Bereits im Sommer 1996 hat das Institut für Zeitgeschichte ein Kolloquium zum Thema „Vertriebenenintegration im Nachkriegsdeutschland“ durchgeführt (vgl. VfZ 4/1996). Diese Tagung konzentrierte sich auf das erste Nachkriegsjahrzehnt, wobei die Entwicklung in der bislang vergleichsweise wenig erforschten SBZ/DDR im Vordergrund stand. Parallele Entwicklungen in den Westzonen bzw. der Bundesrepublik wurden dabei in einer Reihe von Vorträgen vergleichend angesprochen. Ein Tagungsband ist in Vorbereitung und soll 1998 erscheinen. Bereits bei dieser Veranstaltung hat sich der Eindruck verfestigt, daß es notwendig und sinnvoll sei, langfristige Entwicklungen solcher Integrationsprozesse und deren Grenzen in den Blick zu nehmen. Angesichts des aktuellen Forschungsstandes ergibt sich daraus nicht nur eine inhaltliche Schwerpunktverlagerung auf die bundesrepublikanische Entwicklung, ohne allerdings die DDR-Entwicklung ausklammern zu wollen, sondern auch eine noch stärkere Berücksichtigung zentraler Forschungsergebnisse aus anderen Wissenschaftsdisziplinen.

Ziel der aus diesen Überlegungen entstandenen Folgekonferenz, die am 2./3. Dezember 1997 in München stattfand, war daher eine noch stärkere Vernetzung der wissenschaftlichen Debatte. Beim zweiten Kolloquium, das wiederum großzügig vom Bundesministerium des Innern unterstützt wurde, sollte es zum einen darum gehen, in systematischer Weise die bisherigen Forschungsergebnisse auf interdisziplinärer Basis zu sichten, wobei eine Verknüpfung politikgeschichtlicher, wirtschaftshistorischer, erfahrungsgeschichtlicher, soziologischer und volkskundlicher Ergebnisse angestrebt wurde. Zum anderen war beabsichtigt, für beide deutsche Nachkriegsstaaten und -gesellschaften künftige Forschungsperspektiven im Rahmen einer Unterschiede und Gemeinsamkeiten gewichtenden gesamtdeutschen Forschung zu umreißen. Hierzu diente nicht nur die Diskussion zentraler Quellenbestände, sondern auch die Einbeziehung jüngster Forschungsergebnisse bzw. laufender Projekte.

Nach der Eröffnung des Kolloquiums durch den stellvertretenden Direktor des Instituts, Udo Wengst, München, sowie den Leiter der Berliner Außenstelle, Hartmut Mehlinger, skizzierte Marita Krauss, Bremen, zentrale Fragestellungen der Tagung und gab einen kurzen Überblick über die einzelnen Sektionen. Die erste Sektion, die sich vor allem mit methodischen Fragen befaßte und einen die Forschung bilanzierenden Charakter hatte, wurde fortgesetzt mit einem Beitrag von Uta Gerhardt, Heidelberg. Sie präsentierte

VfZ 46 (1998)

© Oldenbourg 1998

soziologische Überlegungen zur Integration von Vertriebenen und Flüchtlingen nach 1945 und bot einen Überblick über die bisherige soziologische Forschung zu diesem Themenkomplex. Anschließend resümierte Albrecht Lehmann, Hamburg, die erfahrungsgeschichtlichen Forschungen zur Vertriebenenintegration, während Thomas Grosser, Mannheim, auf die historischen und politikwissenschaftlichen Forschungen zu sprechen kam. Allen Beiträgen gemeinsam war die Erkenntnis, daß nach wie vor ein Gefälle bei der Erforschung der Vertriebenenintegration in West- und Ostdeutschland besteht, das verständlicherweise erst allmählich ausgeglichen werden kann. Eine wesentliche Ursache dafür bildet die Tatsache, daß die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Vertriebenen-thematik in der Bundesrepublik bereits in den fünfziger Jahren eingesetzt hatte, während sie in der DDR auf politischen Druck der SED erst in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre langsam beginnen konnte.

Im Mittelpunkt der zweiten Sektion des Kolloquiums standen politische Aspekte der Vertriebenenintegration. Ulrike Haerendel, Speyer, diskutierte zunächst die Politik der „Eingliederung“ in den Westzonen und der Bundesrepublik Deutschland und ging auf Konzeptionen, Gesetze sowie die politische Praxis ein. Anschließend thematisierte Michael Schwartz, IfZ-Außenstelle Berlin, die „Umsiedler“-Politik in der SBZ/DDR, indem er begriffsgeschichtliche Überlegungen zu dieser offiziellen Bezeichnung der Vertriebenen durch die ostdeutsche Politik anstellte. Mit dem Problem der Sonderverwaltung setzte sich Rolf Messerschmidt, Bonn, auseinander und stellte einen Vergleich der Entwicklung in den vier Besatzungszonen an. Everhard Holtmann, Halle-Wittenberg, untersuchte in seinem Vortrag die politischen Interessenvertretungen von Vertriebenen, ihre Handlungsmuster, Organisationsvarianten sowie die Folgen für das politische System der Bundesrepublik. Abschließend beschäftigte sich Manfred Wille, Magdeburg, mit den Folgen der „Umsiedler“-Integration für das politische System der DDR.

Die dritte Sektion hatte die Themenschwerpunkte Volkswirtschaft und Arbeitsmarkt zum Inhalt. Auf die große Bedeutung der Binnenwanderung für die spätere Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen in den Arbeitsmarkt bzw. die Teilarbeitsmärkte wies Dierk Hoffmann, IfZ-Außenstelle Berlin, hin. Mit den sogenannten Zonenflüchtlingen als einem besonderen Problem der Binnenwanderung befaßte sich Helge Heidemeyer, Bonn. Evelyn Glensk, Hamburg, und Monika Uliczka, Frankfurt am Main, analysierten den großstädtischen Arbeitsmarkt und die Vertriebenenintegration in Hamburg bzw. die berufliche Eingliederung von Vertriebenen im Volkswagenwerk. Peter Hübner, Potsdam, stellte abschließend die Industriearbeit als Faktor der Vertriebenenintegration in der SBZ/DDR vor.

Kultur- und gesellschaftsgeschichtliche Fragestellungen standen im Zentrum der vierten Sektion, die von Alexander von Plato, Lüdenscheid, eingeleitet wurde. Er befaßte sich in seinem Beitrag mit dem Heimatbezug und der Vertreibungserfahrung anhand lebensgeschichtlicher Interviews in Ost und West. Michael von Engelhard, Erlangen-Nürnberg, erörterte anschließend Flucht und Vertreibung sowie deren Verarbeitung im Generationenvergleich. Dagegen näherte sich Anita Eckstaedt, Kronberg/Ts., den Vertriebenen-schicksalen aus psycho-analytischer Perspektive. Die Elitenintegration im Bildungssektor untersuchte Markus Mößlang, München, am Beispiel der „Flüchtlingsprofessoren“ im Zeitraum zwischen 1945 und 1960. Mit einem Referat von Utz Jeggle, Tübingen, zu einzelnen Fragen der Distinktion und Integration durch Nahrungskonsum wurde diese Sektion abgerundet.

In der letzten Sektion wurden einzelne ausgewählte Archive und ihre Quellenbestände vorgestellt. So wies etwa Margret Fruth, Berlin, auf die für die Vertriebenenforschung re-

levanten Bestände im Bundesarchiv Berlin sowie in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen (SAPMO) hin. Gerhard Hetzer, München, tat dies für die Bestände des bayerischen Arbeits- und Sozialministeriums. Die Archivalien des Lastenausgleichsarchivs, die für die Forschung zunehmend an Bedeutung gewinnen, wurden von Ulrich Ringsdorf, Bayreuth, vorgestellt. Albert A. Feiber, München, gab einen Überblick über die Quellenbestände der deutschen Vertriebenenverbände. Im abschließenden Schlußvortrag griff Hans-Ulrich Thamer, Münster, einige Fragestellungen und Ergebnisse des Kolloquiums auf und ging der zentralen Frage nach dem Stellenwert der Vertriebenen in der politischen Kultur der Bundesrepublik und der DDR nach.

Durch die Einbeziehung unterschiedlicher methodischer Ansätze ergaben sich in der Diskussion auch allgemeine Fragestellungen, die für die weitere Erörterung des Problems der Vertriebenenintegration von zentraler Bedeutung sein könnten. Zu verweisen wäre etwa auf den deutsch-deutschen Vergleich, der auch auf diesem Gebiet noch in den Anfängen steckt. Darüber hinaus sollte in Zukunft die Einbeziehung unterschiedlicher wissenschaftlicher Forschungsansätze weiter vertieft werden. Trotz begrenzter Aussagekraft scheint beispielsweise die Verknüpfung von politik- und erfahrungsgeschichtlichen Perspektiven für weitere Untersuchungen vielversprechend zu sein. Nachholbedarf besteht auf dem Gebiet der Vertriebenenforschung vor allem an quellengesättigten wirtschaftshistorischen Studien. So steht etwa eine systematische wirtschaftsgeschichtliche Untersuchung der Folgen des Lastenausgleichs für die Eingliederung der Vertriebenen in der westdeutschen Ankunftsgesellschaft noch weitgehend aus. Auf der Tagung entbrannte außerdem eine rege Debatte über die Modernisierungswirkung der Neuankömmlinge für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften. Hierbei müßten gerade für die SBZ/DDR die übrigen Modernisierungsfaktoren zunächst ermittelt und anschließend der mögliche Anteil der „Umsiedler“ an diesem Prozeß gewichtet werden. In dem Zusammenhang ist auch der relativ niedrige Anteil der Erwerbstätigen unter der Vertriebenengruppe im Vergleich zur Restbevölkerung zu berücksichtigen. Auf ein grundlegendes Problem wiesen mehrere Referenten hin: Die Tatsache, daß für die SED-Führung Anfang der fünfziger Jahre die berufliche und soziale Eingliederung der „Umsiedler“ erfolgreich abgeschlossen war, führte letztlich dazu, daß spätestens Mitte der fünfziger Jahre dieser Personenkreis aus der Aktenüberlieferung der Parteien, Massenorganisationen sowie der staatlichen Verwaltungen weitestgehend „verschwunden“ ist. Längerfristige Untersuchungen werden somit kaum mehr möglich sein.

Abstracts

Mathias Beer, Politics and Contemporary History in the Formative Period of the Federal Republic of Germany. The Research Project Entitled „Documentation of the Expulsion of the Germans from Eastern Europe“.

With its unchallenged political and scholarly value and the long period over which it was composed (1951–1961), during which three generations of German historians (Hans Rothfels, Werner Conze, Theodor Schieder, Martin Broszat, Hans-Ulrich Wehler) participated in, the „Documentation of the Expulsion of Germans from Eastern Europe“ offers the opportunity to examine the relationship between politics and contemporary history during the formative period of the Federal Republic of Germany. Methodical and innovative in content, this project is, on the one hand, a remarkable example of the continuity in which the German science of history was politicized and thus an instrument of the state from the Weimar period to the early Federal Republic. On the other hand, it represents a break with the conformity of West German historiography to politics in the second half of the 1950's. Therefore the „Documentation of the Expulsion“ is to be seen as an important link between West German contemporary history, which in its beginnings was still committed to older national political goals, and a modern social historical approach to research in contemporary history. The „Documentation of Expulsion“ comes up against its limits precisely at that point where the modern approach to social history begins with its investigation of the premises, the history and the consequences of National Socialism in the context of European history.

Jaromír Balcar, Instrument of the „Volkstumskampf“? The Beginnings of Land Reform in Czechoslovakia (1919/1920).

Land reform in Czechoslovakia, the laws of which were passed in 1919/20 by the Revolutionary National Assembly, was intensely debated throughout the interwar period and even after 1945. While the Czech side emphasized its absolute social necessity, German critics claimed that its sole aim was to transfer landed property in Czechoslovakia from German to Czech hands. To determine the true character of land reform in Czechoslovakia, the author examined the protocols of the Committee for Land Reform and the sessions of the party chairmen. The documents reveal that – contrary to the public discussions at the time – nationalist arguments played hardly any role in the debates of the Committee for Land Reform and among the party chairmen. Equivocal and spongy formulations resulted not from any effort to give the executive power to discriminate against minorities, but rather from the specific political character of the country. Czechoslovakia's „democracy of consensus“ sought, as far as possible, to have decisions taken unanimously, and was, therefore, impelled to reach compromises acceptable to all sides in every controversy. Where compromise could not be reached, decision was avoided and the solution of problems left to the executive. Land reform and the way it was implemented are prime examples of difficulty generated by the system itself.

VfZ 46 (1998)

© Oldenbourg 1998

Elmar Krautkrämer, *The Secret Negotiations between the British and the Vichy Government in late 1940.*

For a long time the secret negotiations between the British and the Vichy government were a cause of dispute in British and French treatments of contemporary history. For some they constituted evidence of a „double jeu“ on the part of Marshall Pétain. Others tried to play down the importance of these, especially since in the summer of 1945 Churchill, out of consideration for de Gaulle, denied their existence. Based on British Foreign Office files, particularly on a document that until now has not been taken into account sufficiently, this study demonstrates how significant these negotiations in actuality were for the British Foreign Office and especially for Churchill himself. London did support the Vichy government's claim to legitimacy; indeed, the British government at times was even prepared to replace the head of France Libre, thereby considering the restoration of the French monarchy with the aid of the Count de Paris in North Africa.

Jochen Laufer, *Soviet Policy on the Question of German Currency Reform 1944–1948.*

What position did the Soviet Union and the other occupying powers take toward a common currency reform in Germany after the German capitulation? Was there a specific approach by the SMAD to German monetary affairs which differed from that of the Moscow central office? Using sources taken from Moscow archives as a basis, this study examines the issuing of the Military Mark by the USSR (1945/46), the Soviet's occupation costs in Germany, the first initiatives of the Soviet Military Administration for currency reform in 1946, the Soviet's tactical manoeuvring against the suggested currency reform of the Western Powers in 1946/47, and finally the Soviet preparations for currency reform in the Soviet occupied zone in Germany. The study thereby demonstrates that Soviet policy on the question of German currency reform aimed not at a common currency reform in all four zones of Germany, but rather toward averting or delaying it.

Freya Eisner, *Kurt Eisner and the Concept of „Free State“.*

Kurt Eisner not only gave the name „Free State“ (Freistaat) to the state of Bavaria to denote its status as a republic. Indeed, he first introduced the concept, which he probably adopted from the United States of America, in an historical context when on November 7/8, 1918 he called upon the „Citizens of Munich!“ and declared „Bayern ist fortan ein Freistaat“. This key statement was telegraphed to the press and subsequently published in detail by numerous newspapers, before the proclamation of Bavaria as a republic had even reached the national and state level. In his endeavor to lay claim to Bavaria's traditional sovereign status within the German empire, the concept of „Free State“ meant federal as well, and in this sense influenced the nation's constitution also.

Elke Scherstjanoi, *Soviet Policy towards Germany after Stalin's Death. 1953. New Documents from the Moscow Foreign Ministry.*

Recently opened Soviet archives dating from spring 1953 shed new light on the plans Soviet leadership had for Germany at that time. After Stalin's death, the Kremlin displayed for several weeks an unusual eagerness to negotiate and offer concessions, especially after Churchill had stated that the question of a free Western alliance system was compatible with Soviet security concerns. To Stalin's heirs it still seemed possible to prevent the integration of the Federal Republic into the Western military alliance. Therefore, while preparing for all-German elections and a peace treaty, they offered new proposals

which went beyond Stalin's Peace Notes of 1952. The heart of the proposal was the speedy establishment of an all-German interim government having wide-ranging responsibility, yet without any authority to intervene in the sovereignty of the two existing governments. They wanted to win over the Germans with the idea of allied troop withdrawal prior to the vote and peace treaty. However, the initiative was thwarted by the way domestic affairs were developing within East Germany, to which Kremlin leadership reacted too slowly and clumsily. The international environment changed dramatically on June 17, 1953. Ungovernable by conventional means, the deployment of Soviet tanks in East Germany made a mockery of the Kremlin's willingness to cooperate. Little by little the Soviet party leadership gave up its illusion of a quick solution to the German question.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. *Matthias Beer*, Leiter des Forschungsbereichs Zeitgeschichte am Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde (Mohlstr. 18, 72074 Tübingen); Veröffentlichungen zur Geschichte des Dritten Reichs und zur Nachkriegsgeschichte, u. a.: Flüchtlinge und Vertriebene im deutschen Südwesten nach 1945, Sigmaringen 1994; arbeitet gegenwärtig an einer Habilitationsschrift mit dem Titel „Das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Integration, Politik und Verwaltung in den beiden ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik“.

Jaromír Balcar, M. A., wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte München (Leonrodstr. 46 b, 80636 München); arbeitet im Rahmen des Projekts „Gesellschaft und Politik in Bayern 1949–1973“ an einer Dissertation über „Ländliche Gesellschaft im Wandel. Politik, Arbeit und Alltag in der bayerischen Provinz 1945–1972“.

Dr. *Elmar Krautkrämer*, em. Professor für Geschichte an der Pädagogischen Hochschule Freiburg (Neuhäuserstr. 58, 79199 Kirchzarten); zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte Frankreichs und zu den deutsch-französischen Beziehungen im 20. Jahrhundert, u. a.: Frankreichs Kriegswende 1942, Bern/Frankfurt a. M. 1989; Vichy-Alger 1940–1942, Le chemin de la France au tournant de la guerre, Paris 1992.

Dr. *Jochen Laufer*, 1987–91 Mitarbeiter am Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, 1992–94 Stipendiat, seit 1995 Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (Am Kanal 4/4 a, 14467 Potsdam), Arbeitsschwerpunkt: Sowjetische Deutschlandpolitik 1941–1949.

Dr. *Freya Eisner*, Publizistin, Rezensentin politischer Bücher, Rundfunkautorin (Grammstr. 4, 80805 München); veröffentlichte u. a. Kurt Eisner: Sozialismus als Aktion – Ausgewählte Aufsätze und Reden, Frankfurt a. M. 1975; Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik, Köln/Frankfurt a. M. 1977; Kurt Eisner: Die Politik des libertären Sozialismus, Frankfurt a. M. 1979.

Dr. *Elke Scherstjanoi*, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts für Zeitgeschichte München, Außenstelle Berlin (Finckensteinallee 85/87, 12205 Berlin); Veröffentlichungen zur SBZ/DDR-Geschichte und zur sowjetischen Einflußnahme auf die DDR, u. a.: Das SKK-Statut. Zur Geschichte der sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland 1949 bis 1953, München 1998.